Nr. 82 19. Jahrg. Montag, 12. April 1920

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Fernsprecher 21 866
Postscheckkonto Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit illustr. Beilage 10.20 M, Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.85 M, Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Sprechstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Petit-Spaltzeile 1.40 M, im Reklameteil 3.50 M. Familien-Anzeigen 1.80 M. — Für undeutlich geschriebene, sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Aufbau

Soll eine in ihren Grundfesten erschütterte Volksgemeinschaft sich neu gestalten, dann genügt nicht allein ein Wandel der Form, sondern es bedarf in erster Linie eines Wandels der Besinnung. Dieser Gesinnungswandel wird sich vornehmlich nach zwei Richtungen hin vollziehen müssen, wenn unserem Volksleben, das trotz der durch die Kriegsstürme hervorgerufenen Entartung in Denken und Handeln doch noch eine Unsumme von gesunden Kräften in sich enthält, wieder Festigkeit und Stetigkeit verliehen werden soll. Die beiden Wurzeln, aus denen heraus der feste Stamm gesunden Volkstums von neuem wieder emporwachsen muß, sind: Festhalten am Christentum und seinen Grundsätzen und Erziehung zu ernsthaftem sozialen Verstehen! Diese zwei fundamentalen Eckpfeiler völkischen Gemeinschaftslebens bilden von jeher die festen Grundlagen, von denen das Zentrum stets in seinem politischen Denken und Handeln ausgegangen ist. Keine auch noch so starken Erschütterungen des politischen Lebens in Deutschland haben vermocht, diese beiden Grundideale irgendwie ins Wanken zu bringen. Der Kampf um die religiöse Freiheit und um die Ausbreitung christlicher Grundsätze und Ideen hat die Zentrumspolitik seit ihrer Gründung erfüllt und die Kämpfe in Weimar haben uns erst kürzlich gezeigt, mit was für einer Entschlossenheit und Tatkraft das Zentrum sich für die christlichen Kulturgüter eingesetzt hat. Denn es besteht doch wohl kein Zweifel darüber, daß dem Streben der Sozialdemokraten und Demokraten, kirchliches und religiöses Leben überhaupt aus dem neuen Staat auszuschalten, von den Vertretern des Zentrums ein starker Wall entgegengesetzt wurde. Und heute kann man wohl sagen, daß der Ausübung der Religion diejenige Freiheit erkämpft ist, nach der wir unter dem früheren System vergeblich gestrebt haben. Das freie Spiel der Kräfte, das an jeden von uns die höchsten Anforderungen stellt, wird nunmehr zeigen können, welcher Weltanschauung der Sieg gebührt. Und schon heute steht fest, daß selbst die mehrheitssozialistischen Führer recht wohl erkannt und eingesehen haben, daß ein Staat, wenn er gesund sein soll, der Kraft des Christentums nicht entraten kann. Und in Zukunft wird sich diese Wahrheit nur noch mit größerer Macht Bahn brechen. Oder will man etwa achtlos daran vorübergehen, daß die widerwärtigen Zustände im Ruhrgebiet, wo raubende und plündernde Horden ohne Achtung vor dem Gesetz und Eigentum und ohne Spur von Menschlichkeit ein blühendes Stück Land völlig dem Ruin ausliefern? Daß diese Vorkommnisse, wie sie von Augenzeugen berichtet worden sind, niemals einen solchen Grad von Grausamkeit und Unmenschlichkeit hätten erreichen können, wenn noch ein Funken religiösen Gewissens in diesen Schädlingen vorhanden gewesen wäre! Aber das sind nicht weniger Folgen der politischen Verhetzung, als auch vielmehr einer systematischen Losreißung großer Volksteile vom Christenum und seinen Lehren! Das sind die Folgen von der Predigt der Anbetung des goldenen Kalbes und des eigenen Ichs. Wir werden unwillkürlich an die Worte Bismarcks erinnert, der gesagt hat, daß kein Staat Bestand haben könne, der das Christentum aus sich ausschalte. Und ohne den echten Geist des Christentums gibt es in unseren Augen auch keine wahre soziale Volksgemeinschaft. Denn wir predigen keinen Klassenhaß aus irgendwelchen selbstischen Beweggründen, wir erstreben keine umstürzlerische soziale Umgestaltung um der Interessen eines Standes willen, sondern das Zentrum ist die große Partei der Klassenversöhnung um dieser selbst willen. Auch hierfür holt sie die Fundamente aus der christlichen Sittenlehre und es ist kein Zufall, daß unter den großen Sozialpolitikern des Zentrums in erster Linie Priester stehen. Namen wie Bischof von Ketteler und Professor Hitze haben den besten Klang als Vorkämpfer sozialer Ideen und Gedanken innerhalb des Zentrums. Darum kann das Zentrum sich mit Recht die soziale Partei nennen. Ihr Anteil an der sozialen Gesetzgebung ist bedeutend. Sie ist die einzige Partei, die mit vollem Recht von sich sagen kann, daß sie in vorzüglicher Weise sämtliche Schichten des deutschen Volkes in sich enthält. Es wird auch weiterhin ihr vornehmstes Ziel sein, das in ihrem Wesen und Charakter begründet liegt, die verschiedenen Stände und Berufe zu sammeln und unter ihrer Fahne zu vereinen. Dies ist in der gegenwärtigen Zeit um so notwendiger, als die innere Zerklüftung des deutschen Volkes einen solchen Sammelruf braucht. Denn der Krieg, seine wirtschaftlichen Folgen und die politischen Wirrnisse und Kämpfe nach der Revolution haben die dem deutschen Volke zum eigenen Unheil angeborene Uneinigkeit bis zur leidenschaftlichen Feindschaft gegen sich selbst gesteigert. Nur einmal schien es so, als ob alle inneren Gegensätze im deutschen Volke mit einem Schlage überwunden seien. Das war in den Tagen des August 1914, wo sich im Taumel der Begeisterung, aber auch nur in diesem, alle zusammenfanden. Jedermann griff zu den Waffen; es gab keinen Unterschied der Stände mehr, die Männer im Waffenrock waren sich alle gleich. Dies ist längst vorüber — die Zwietracht ist größer denn je. Besonders durch die letzten Ereignisse hat dieser innere Gegensatz schärfste Nahrung erhalten. Und doch ist es dringendstes Gebot der Stunde, Versöhnung und Ausgleich im eigenen Volke zu schaffen, um das Gemeinwohl zu fördern. Der Akademiker muß endlich einmal lernen, Verständnis zu gewinnen für den Arbeiter und seine Arbeit, er muß den Rock des Arbeiters achten als des Mannes, der mit seiner Hände Werk für das Gemeinwohl des deutschen Volkes schafft. Auch für die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse soll der studierte Mann eine ernste Würdigung besitzen. Vor allem aber soll er bereit sein, daran mitzuwirken, das Vertrauen zwischen sich und dem Arbeiter dadurch zu festigen, daß er es nicht unterläßt, jedem, wenn er die Gelegenheit dazu hat, auch in seine Welt einen Blick gewähren zu lassen. Die Volkshochschulen können in diesem Sinne beste Arbeit leisten. Dann wird auch der Arbeiter allmählich das Verständnis für die anderen Klassen erhalten und einsehen, daß auch diese, wenn auch auf andere Weise, ebenso wie er, ihre Arbeit im Dienste des Gemeinwohles leisten. Das Zentrum marschiert in der Erreichung dieses Zieles infolge seiner sich aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammensetzenden Gefolgschaft an der Spitze. Nur das Ende der sozialen Revolution wird das Ende der politischen Revolution sein.

b.

Die Hebung der deutschen Valuta

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter

In den letzten Tagen hat sich eine merkliche Besserung der deutschen Valuta und in Verbindung damit ein Rückgang der ausländischen Wechselkurse vollzogen. Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht. Sie galt damals in Amsterdam knapp 2½ Pfennig. In den Anfangstagen des Monats März war dann eine allgemeine Besserung zu verzeichnen, bis dann durch die Berliner Ereignisse des 13. März wieder ein Rückschlag eintrat. Inzwischen aber hat eine Erholung Platz gegriffen, die wohl in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß das Ausland wieder neues Zutrauen zur deutschen Arbeitsfähigkeit und zu deren Sicherung durch die Regierung auf Grund der Säuberungsaktion, die im Ruhrrevier durchgeführt wird, gewonnen hat. Mit eine Hauptursache liegt aber auch in dem Verhalten des deutschen Handels, der in den letzten Tagen mit seiner Einkaufstätigkeit im Auslande stark gebremst hat. Ein Bild über die Entwicklung gibt folgende Zusammenstellung: Fremde Geldsorten standen wie folgt im Kurs:

		8. April	13 März	10. März	27. Januar
Holland	Gulden	2175,—	2997,—	2697,—	4196,—
Schweiz	Frank	1080,—	1378½	1278,75	1798,—
Amerika	Dollar	85,25	82,40	74,90	—
Belgien	Frank	415,—	684,40	604,40	—
England	Pfund Sterling	295,—	299,70	279,70	—
Frankreich	Frank	889,50	688,90	564,40	—
Italien	Lire	245,—	449½	399,60	—

Demgegenüber veranschaulicht die nachfolgende Tabelle das Steigen der deutschen Mark im Auslande. Sie hatte (in Pfennig) folgende Notierung:

	27. Januar	11. März	13. März	8. April
Amsterdam	2.67½	3.90	3.29	4.60
Zürich	6.25	8.05	7.10	9.10

Neben dieser Valutabesserung, die zum Beispiel für die holländischen Werte recht erheblich ist, zeigt sich auch neuerdings eine Absturzbewegung auf dem Silbermarkte. Der Silberpreis für ein Kilo, der zur Zeit des tiefsten Standes der deutschen Valuta, Ende Januar und Anfang Februar d. J. sich um den unerhörten Preis von 2500 M. bewegte und diesen Betrag noch überschritten hat, fiel anfangs März auf 2200 M. und ging Mitte März auf etwa 1600 M. zurück. Dieser Tage wurde der Preis zwischen 14—1500 M. an deutschen Börsenplätzen notiert. Es ist bemerkenswert, daß dieser Preis noch unter demjenigen steht, der als Welthandelspreis in London festgesetzt wird. Im Zusammenhang mit dem Preissturz für das Silber steht auch eine Herabsetzung des von der Reichsbank festgesetzten Auszahlungsbetrages für Silbermünzen.

Dr. Höfle, Direktor des deutschen Beamtenbundes

gibt über das Verhalten des Deutschen Beamtenbundes nachstehende Erklärung:

„Die Haltung des Deutschen Beamtenbundes bezüglich des Kapp-Putsches und der sich anschließenden Verhandlungen zwischen Regierung und Gewerkschaften gibt mir Veranlassung zu folgender Erklärung: 1. Zur Zeit des Kapp-Putsches war ich auf einer Vortragsreise in Südwestdeutschland und hatte damit keine Möglichkeit, die Entschließungen des Deutschen Beamtenbundes zu beeinflussen. 2. Die Aufforderung des Deutschen Beamtenbundes zur Arbeitsniederlegung ist im Einverständnis mit der Regierung Bauer erfolgt. Die Arbeitsverweigerung sollte in den Orten erfolgen, in denen keine verfassungsmäßigen Zustände bestanden und bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände dauern. Diese Haltung des Deutschen Beamtenbundes billige ich durchaus. Aus dem Wesen des von den Beamten geleisteten Treueides ergibt sich für den Beamten die Verpflichtung, die Verfassung gegen Verletzungen zu schützen. Das Zentrum hat mit den übrigen Mehrheitsparteien der Beamtenschaft den Dank für ihre vaterländische Haltung ausgesprochen. 3. Für das weitere Verhalten des Deutschen Beamtenbundes muß ich jede Verantwortung ablehnen. Durch die einseitige Zusammenarbeit mit den partripolitischen Fragen, wie Zurückziehung der Reichswehr aus der neutralen Zone, hat er die satzungsmäßig festgelegte parteipolitische Neutralität verletzt. 4. Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat auch bereits den Rückweg zur parteipolitischen Neutralität zurückgefunden. Er hat durch das W. T. B. verbreiten lassen, daß die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes unter keinen Umständen mehr irgendwelche Kundgebungen unterzeichnen sollten, die neben den Unterschriften der Gewerkschaften auch die politischen Parteien tragen. Im weiteren lehnt der Vorstand trotz der Bereitwilligkeit, mit allen gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer in gemeinsamen Angelegenheiten zusammenzuarbeiten, es ab, sich mit rein politischen Angelegenheiten zu befassen, deren Erledigung den politischen Parteien überlassen bleiben muß.

5. Aufgabe des nächsten Bundestages, der in einigen Wochen stattfindet, wird es sein müssen, genügende Garantien für eine Wiederholung der Verletzung der parteipolitischen Neutralität zu schaffen. Meine weitere Mitarbeit im Deutschen Beamtenbund wird nur dann möglich sein, wenn der Deutsche Beamtenbund die parteipolitische Neutralität unter allen Umständen zu wahren bereit ist.

gez.: Dr. Höfle,
Direktor des Deutschen Beamtenbundes"

Warnung an Frankreich

Berlin, 11. April. (Amtlich) Die deutsche Regierung hat die französische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß sich nach vorliegenden Nachrichten französische Truppen im Vorrücken in der Richtung auf Aschaffenburg befinden. Für den Fall, daß sich diese Nachricht bewahrheitet, hält sich die deutsche Regierung verpflichtet, mit allem Ernst auf die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße der vorrückenden französischen Truppen mit deutschen Truppen hinzuweisen.

Auf Grund dieser Note hat Paleologne am 10. April den deutschen Geschäftsträger in Paris davon verständigt, daß Frankreich nicht daran denke, Aschaffenburg zu besetzen. Auch Stockstadt sei nicht besetzt worden. Die Vorposten hätten lediglich aus militärischen Gründen bis in die Nähe dieser Stadt vorgeschlagen werden müssen.

Französische Note an England

Paris, 11. April. In der von Frankreich der britischen Regierung übermittelten Note stellt die französische Regierung zunächst fest, daß über die Loyalität ihrer Haltung kein Zweifel bestehen kann. Die Alliierten sind von ihrer Politik stets verständigt worden. Die französische Regierung hat immer erklärt, gegen den Einmarsch weiterer deutscher Truppen in das Ruhrgebiet zu sein und beigefügt, daß die Erlaubnis hierfür auf jeden Fall die militärische Besetzung von Frankfurt und Darmstadt zur Bedingung haben müsse. Am 3. April informierte die französische Regierung ihre Vertreter in den alliierten Hauptstädten in diesem Sinne durch ein Telegramm, dessen Abschrift gleichzeitig den alliierten Botschaftern in Paris zugestellt wurde, worin Marschall Foch die militärischen Maßnahmen prüfte, die nunmehr weder vermieden noch aufgeholt werden konnten. Andererseits erinnerte die französische Regierung daran, daß es sich um die Verletzung einer der feierlichsten Bestimmungen des Vertrages handelt und daß die deutsche Regierung selbst die Notwendigkeit einer vorherigen formellen Bewilligung auf Aufhebung des Art. 43 und gleichzeitig das Recht der französischen Regierung, hierfür ein Gebietspfand zu verlangen, anerkannt hat. Wie hätte die französische Regierung über das das deutsche Versprechen, die Reichswehr sofort nach wiederhergestellter Ordnung zurückzuziehen, in Zweifel sein können? Weder für die Wiedergutmachung, noch für die Auslieferung der Schuldigen, noch für die Kohle, noch für die Entwaffnung der Armee haben die Alliierten die durch den Versailler Vertrag ausbedungenen Satisfaktionen erhalten. Hat die britische Regierung die Gefahr dieser fortgesetzten systematischen Verletzungen wohl berücksichtigt? In welchem Augenblicke glaubt sie auf dem Wege der Konzessionen stillstehen zu dürfen? Auf jeden Fall ist Frankreich jetzt gezwungen, zu sagen: Es ist genug! Es verlangt weiter nichts mehr, als dies zusammen mit den Alliierten zu erklären. Die französische Regierung ist nicht weniger als die englische Regierung von der unumgänglichen Notwendigkeit überzeugt, die Einigkeit der Alliierten in der Ausführung des Friedensvertrages aufrechtzuerhalten. Dieses enge Einverständnis zwischen Frankreich und England scheint ihr jedenfalls unerläßlich zu einer gerechten Lösung der großen Probleme, die sich gegenwärtig der Welt sowohl in Rußland und auf dem Balkan, wie in Kleinasien und im Islam stellen. Die Note schließt mit der Versicherung, daß die französische Regierung auf Grund dieser Erwägungen sich völlig bereit erkläre, sich vor ihrem Handeln in allen interessierten Fragen, welche die Ausführung des Friedensvertrages aufwirft, die Zustimmung der Alliierten zu sichern.

Lloyd George's Reise nach Rom

Paris, 11. April. Havas meldet aus London: Lloyd George ist gestern nach Rom abgereist. Seine Abfahrt, die ursprünglich auf 11.30 Uhr vormittags angesetzt war, verzögerte sich infolge des Eintreffens der französischen Note. Es wurde sofort ein Ministerrat einberufen, an dem auch Bonar Law und Lord Curzon teilnahmen und in dem die Antwort auf die französische Note festgelegt wurde. Auf dem Bahnhof erklärte Lloyd George vor seiner Abreise den Journalisten, daß die Vorbereitungen zu seiner Reise auf dem Seewege schon seit längerer Zeit getroffen worden seien. Es sei lächerlich, anzunehmen, daß er die Fahrt über Paris vermeide.

Die britische Note

London, 10. April. (Havas.) Der englische Botschafter heute am Quai d'Orsay dem Ministerpräsidenten Millerand die Antwort der englischen Regierung auf die letzte französische Note überreicht. Wie den Blättern offenbar am Quai

Pianos - Johann Urbas | Edler, weicher Ton! Friedensmäßiges Material! Garantie! Aeußerst preiswert! | Verkauf: Hentschel & Gräf, Dresden-A. Schloßstraße 18 Fernspr. 13432